



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

**über die Sitzung
des Klimaschutzbeirates
am 21.01.2015**

Anwesend

- Mitglieder

Binz, Katharina
Erlhof, Jochen
Gey, Frank
Gresch, Sabine Dr.
Hild, Christoph
Kern, Bruno
Kretschmer, Lothar
Jahns, Jan
Lambertus, Ingrid
Lehnert, Hans-Werner
Pannhorst, Ingrid
Pietsch, Michael Prof. Dr.
Rehn, Werner
Röder, Rupert Dr.
Schaumann, Gunther Prof. Dr.
Schmid, Susanne
Schuster, Anne
Seddig, Ina
Studier, Pascal
Weinreuter, Hans
Wittmer, Volker Dr.
Wollny, Volrad Prof. Dr.

- Ständiger Gast

Wellstein, Ute

- Gäste

Grosse, Marianne
Ingenthron, Günter
Kelker, Joachim
Roman Haug
Curt Zschernig
Christoph Rosenkranz
Dr. Hubitsch

- Schriftführung

Pensel, Thomas

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Bleicher, Marc-Antonin
Böhme, Martin
Diehl, Jörg
Eder, Katrin
Egler, Nora
Henkes, Christian
Hoffmann, Thorsten Prof. Dr.
Koppius, Walter
Moerchel, Christian Dr.
Neef, Marco
Sans, Kareen
Spoo, Helmut

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2014
3. Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Bauleitplanung; Marianne Grosse, Baudezernentin
4. Bericht über die Fachgruppen
5. Verschiedenes

öffentlich

Punkt 1 Begrüßung

Herr Dr. Wittmer begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung. Er wies darauf hin, dass die Sitzung grundsätzlich öffentlich sei.

Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2014

Zum Protokoll der letzten Sitzung vom 11.11.2014 gab es keine Änderungswünsche, es wurde so beschlossen.

Dr. Wittmer kündigte an, dass er die städtischen Beigeordneten nach und nach zu den Sitzungen einladen wolle, damit sie aus Ihren Geschäftsbereichen berichten.

Punkt 3 Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Bauleitplanung; Mari- anne Grosse, Baudezernentin

Dr. Wittmer dankte Frau Beigeordnete Grosse, dass Sie im Klimaschutzbeirat über das Thema Bauleitplanung berichtet. Er wies darauf hin, dass die FG Bauleitplanung des Klimaschutzbeirats in der letzten Sitzung einige Fragen dazu erarbeitet habe.

Frau Grosse erläuterte anhand einer Präsentation (s. Anhang) die Fragestellungen und Aufgaben, die Bauleitplanung in Zusammenhang mit Klimaschutz hat. Sie stellte die große Nachfrage nach Wohnfläche in Mainz dar und wie die Stadt dieser dynamischen Entwicklung gerecht werde. So sei der Bebauungsplan Zollhafen am 3.12.2014 verabschiedet worden. Es gebe verbindliche Festlegungen zur Versorgung mit Fernwärme. Weitere wichtige Projekte seien die Flächen der Peter-Jordan-Schule und das Heiligkreuz-Areal.

Als konkretes bereits realisiertes Beispiele benannte Frau Grosse das Gebiet „Westlich der Karlsbader Straße“, wo Südausrichtung, Niedrigenergiebauweise und Einsatz eines BHKW realisiert seien.

Bei der Erstellung der Bebauungspläne gebe es eine enge Abstimmung zwischen Stadtplanungsamt und dem Grün- und Umweltamt. Durch die Änderungen des Baugesetzbuches werde der globale und lokale Klimaschutz stärker beachtet. Mit der Klimaschutz-Checkliste werde dies in jedem Verfahren geprüft und in die Abwägungsprozesse eingebracht.

Auf die Frage von Dr. Wittmer, ob es durch Landesgesetze Einengungen für eine klimafreundliche Planung gebe meinte Frau Grosse, dass durch gesetzlich Bindungen die Planungen eher leichter würden. Die Zielsetzungen von Bund / Land und Kommune seien in Hinblick auf Klimaschutz durchaus übereinstimmend.

Prof. Dr. Schaumann wollte wissen, ob bei den konkreten Planungen, z.B. Zollhafen, auch der Mehrverbrauch an Energie bekannt sei. Herr Jahns erläuterte, dass mit Einführung der Klimaschutz-Checkliste auch Energiekonzepte für die Gebiete erstellt würden, die Energieverbräuche und mögliche Minderungsmaßnahmen darstellten. Allerdings gebe es keine Ausgleichsregelung, wie sie z.B. im Naturschutz rechtlich geregelt sei.

Herr Weinreuter beklagte, dass z.B. bei den Gonsbachterrassen die Gestaltung durch ein Handbuch und eine Lenkungsgruppe geregelt wurde, nicht jedoch der Energieeinsatz. Frau Grosse entgegnete, dass es ein sehr gutes Energiekonzept gegeben habe, das auch zur Grundlage des Versorgungskonzeptes diene. Insgesamt seien die Gonsbachterrassen ein hochwertiges und energetisch gutes Baugebiet.

Zur Frage nach den vorgegebenen U-Werten erläuterte Herr Kelker, dass die Stadt noch Werte aus dem Jahr 2002 vorgebe. Eine Aktualisierung der Vorgaben sei dringend erforderlich, diese müsse aber in den zuständigen Gremien genehmigt werden.

In der FG Bauleitplanung werde projektbezogen die Checkliste Klimaschutz diskutiert und man werde diese Belange in den Abwägungsprozess von Bebauungsplänen einbringen.

Es wurde kritisiert, dass heute schon das sog. Niedrigenergiehaus gesetzlich für Neubauten vorgeschrieben sei, Prof. Dr. Wollny wies darauf hin, dass für Neubauten bereits seit mehreren Jahren das Passivhaus Stand der Technik sei. Er fragte, welche Beschlüsse denn nötig seien, um z.B. dies festzulegen im Planungsprozess.

Frau Grosse erläuterte, dass das Stadtplanungsamt im Bauleitplanverfahren als Querschnittsamt fungiere, das auf Zuarbeit von allen Seiten angewiesen sei.

Herr Ingenthron ergänzte, dass im §9 (23) BauGB abschließend geregelt sei, welche Maßnahmen und Anforderungen im Bebauungsplan gestellt werden könnten. Ergänzende Forderungen seien nur in einem städtebaulichen Vertrag möglich, der einvernehmlich mit den Bauherren geschlossen werden müsse.

Dr. Kern fragte nach Konzepten für autofreie Wohngebiete. Frau Grosse teilte mit, dass man sich diese z.B. in Freiburg schon angeschaut habe. Autoärmere Planungen seien denkbar, doch fließe auch dieser Aspekt in die Abwägung mit hinein. Probleme könnten sich bei der Aufrechterhaltung des autofreien Konzepts über lange Zeiträume geben, z.B. in Hinblick auf den demographischen Wandel.

Frau Grosse wies darauf hin, dass die Stadt in den wenigsten Fällen selbst Eigentümer der Grundstücke sei, die überplant würden. Auch stadtnahe Gesellschaften wie die SWM müssten wirtschaftlich kalkulieren bei der Projektentwicklung und –umsetzung. Im Heiligkreuz-Areal, das im Besitz der SWM sei, solle preiswerter Wohnraum geschaffen werden, so dass Anforderungen an den Klimaschutz immer auch mit den finanziellen Spielräumen abgewogen werden müssten.

Eine frühzeitige Beteiligung des Klimaschutzbeirats müsse durch das Grün- und Umweltamt im Rahmen des formalen Verfahrens geklärt werden.

Dr. Wittmer dankte Frau Grosse vielmals für Ihre Präsentation und die Diskussion. Zu einem späteren Zeitpunkt wolle der Klimaschutzbeirat gerne auch informiert werden, wie Klimaschutz bei städtischen Baumaßnahmen berücksichtigt werde.

Punkt 4 **Bericht über die Fachgruppen**

Dr. Wittmer informierte, dass sich die FG Bauleitplanung bereits am 8.1. getroffen habe. Er begrüßte es, dass seitens der Verwaltung Herr Strobach, Stadtplanungsamt, und Herr Kelker, Grün- und Umweltamt, an den Sitzungen teilnehmen.

Die FG Verkehr hat bereits zweimal getagt. Dr. Roeder informierte über die Schwerpunkte, z.B. Radwegenetz, ÖPNV und stärkere Beachtung des Fußverkehrs.

Die FG Wärmeversorgung tagt erstmals am 23. 1., Prof. Dr. Schaumann warb für weitere Teilnehmer. Schwerpunkt sei der aktuell fertiggestellte Wärmemasterplan Mainz.

Punkt 5 **Verschiedenes**

Entsprechend dem Beschluss der letzten Sitzung hatte Dr. Wittmer Kontakt aufgenommen mit attac Mainz, vertreten durch Herrn Roman Haug. Er habe ihn zur heutigen Sitzung eingeladen, damit sich attac ein Bild machen könne und prüfen könne, ob von ihrer Seite aus eine Beteiligung sinnvoll sei.

Herr Haug stellte dar, dass Klimaschutz ein Thema bei attac sei. Attac sei ein großes internationales Netzwerk, das globalisierungskritische Fragen behandle, insbesondere unter ökonomischen und finanzpolitischen Gesichtspunkten. Schwerpunkt der Arbeit sei z.Z. TTIP, es gebe aber auch AGs zu Sozialpolitik, Wachstumskritik und Umweltstandards.

Attac habe durchaus Interesse an einer Mitwirkung, er müsse dies aber auch noch intern abklären.

Dr. Wittmer weist darauf hin, dass man sich natürlich auch hier ein Bild von attac machen und die mögliche Beteiligung zur Diskussion stellen müsse.

Abschließend informierte Dr. Wittmer, dass Herr Pensel die Stadt Mainz verlasse und als Geschäftsführer in die Energieagentur Rheinland-Pfalz wechsle. Er werde daher nicht mehr für die Geschäftsführung des Klimaschutzbeirats zur Verfügung stehen werden.

gez.

.....
Dr. Volker Wittmer, Vorsitzender

gez.

.....
Thomas Pensel, Schriftführung